

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Zink, Link, Wawrzik, Geisenhofer, Härzschel, Dr. Kunz (Weiden), Orgaß, Picard, Nordlohne, Dr. Köhler (Wolfsburg), Schröder (Lüneburg), Gerster (Mainz), Frau Tübler, Sick und Genossen
– Drucksache 7/5225 –

betr. Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung an Betriebs- und Personalversammlungen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat mit Schreiben vom 3. Juni 1976 namens der Bundesregierung die oben angeführte Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Fragen sich nicht auf solche Personalversammlungen beziehen, an denen die Mitglieder des Kabinetts gemäß § 52 des Bundespersonalvertretungsgesetzes als Leiter ihrer Dienststellen teilgenommen haben und teilnehmen werden.

Außerdem wiederholt die Bundesregierung die bereits in ihrer Antwort vom 21. April 1976 (Drucksache 7/5073) geäußerte Auffassung, daß Einladungen von Betriebsräten und Geschäftsleitungen an Mitglieder der Bundesregierung, an Betriebs- und Belegschaftsversammlungen teilzunehmen, eine gute Gelegenheit bieten, mit den Belegschaften die sie und den Betrieb unmittelbar betreffenden Fragen auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu erörtern, und daß es erfreulich ist, wenn auch Mitglieder der Bundesregierung, soweit dies die Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben und Verpflichtungen gestattet, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit finden, auch mit Arbeitnehmern in Betrieben in Kontakt zu treten. Die Mitglieder der Bundesregierung werden deshalb auch in Zukunft Einladungen zu Betriebs- und Belegschaftsversammlungen annehmen.

1. Welche Mitglieder der Bundesregierung haben seit dem 1. Januar 1976 in welchen Betrieben bzw. Verwaltungen im Rahmen von Betriebs-, Belegschafts- oder Personalversammlungen zu welchem Zeitpunkt bis heute gesprochen?

Mitglieder der Bundesregierung haben in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1976 an 17 Betriebs- und Belegschaftsversammlungen teilgenommen.

2. In welchen Betrieben bzw. Verwaltungen sind bis zum 1. August 1976 Betriebs-, Belegschafts- oder Personalversammlungen vorgesehen, an denen Mitglieder der Bundesregierung teilnehmen?

Für die Zeit bis zum 1. August 1976 wurden von Mitgliedern der Bundesregierung fünf Einladungen angenommen.